



Vorbeugung auch für Korruptionsgefahren

„Politische Beamte“ abschaffen - LINKE-Fraktion legt dem Landtag Gesetzentwurf vor

In der Debatte um den „Fall Zimmermann“ sorgten zwei Punkte - der einstweilige Ruhestand deutlich unter der Regelaltersgrenze und Versorgungsansprüche trotz „Anschlussbeschäftigung“ - für Unmut.

Die politischen Beamtenstellen sind eine Ausnahme zum üblichen Beamten-Modell. Weil die politische Ausrichtung bei der Besetzung der Stellen eine entscheidende Rolle spielt, soll der Dienstherr die Möglichkeit haben, die Leute von der Stelle zu entfernen, wenn er denkt, dass diese Übereinstimmung nicht mehr besteht. Der „Arbeitgeber“ muss für den einstweiligen Ruhestand dem Betroffenen und anderen gegenüber auch keine Gründe angeben - eine „begründungslose Kündigung“. Dieses Instrument gibt eine große personelle Gestaltungsmacht. Welche Stellen genau als Stellen für politische Beamte ausgestaltet werden, überlässt der Bundesgesetzgeber den Ländern. Sie können solche speziellen Stellen schaffen, müssen aber nicht. Die Landtagsmehrheit hat in § 48 Beamtengesetz solche Stellen verankert: die Staatssekretäre, die Gleichstellungsbeauftragten für Frauen und für behinderte Menschen und die Ausländerbeauftragte.

Auch die Leitungsstellen bestimmter Landesbehörden, so der Präsident des Landesverwaltungsamtes, der Präsident der Landespolizeidirektion und der Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz gehören dazu. Hinzu kommt die Stelle des Sprechers der

Landesregierung. Davon abgesehen, dass die Fraktion das Landesamt für Verfassungsschutz und das Landesverwaltungsamt abschaffen will: Wird die „Sonderkategorie“ der „politischen Beamten“ überhaupt gebraucht? Nein, meint die LINKE. Deshalb legt sie als Konsequenz aus dem „Fall Z.“ einen Gesetzentwurf zur Abschaffung dieser Beamten in Thüringen vor.

Es geht auch anders

Wie sehen die Alternativmodelle für diese Stellen aus? Die Staatssekretäre werden zu Mitgliedern der Landesregierung - so wie in Bayern und dem Saarland schon -, so dass auch auf sie das Ministersgesetz Anwendung findet - bei Beibehaltung der bisherigen Besoldungsstufe. Begründung: die große Ähnlichkeit der Arbeitsaufgaben. Die drei Beauftragten im Bereich Gleichstellung sollen für sechs Jahre vom Landtag gewählt werden, unabhängig von Weisungen ihre Arbeit machen und wirksame Befugnisse erhalten, wie z.B. ein Beanstandungsrecht gegenüber Behörden bei festgestellten Verstößen.

Diese starke Stellung ist sinnvoll, damit sie die Gleichstellungsgebote der Verfassung umfassend und wirksam umsetzen können. Die Konstruktion der drei Behördenleitungsstellen als politische Beamte bietet der Regierung und den mit ihr verbundenen politischen Mehrheiten die Möglichkeit des personellen und - indirekt inhaltlichen - „Zugriffs“ auf das Handeln dieser Be-

hörden „von der Spitze“ her. Bedenkt man die zentrale Stellung des Landesverwaltungsamtes innerhalb der Behördenstruktur in Thüringen, gewinnt dieser Punkt noch an Bedeutung. Nach Verfassungsvorgaben sind Behörden zum Handeln unabhängig von „Sonderinteressen“ einzelner Einflussgruppen verpflichtet. Ihr Handeln soll sich an den geltenden Bestimmungen als Maßstab ausrichten. Beamte sind darauf vereidigt.

Die LINKE schlägt für solche Leitungsstellen ein „Rotationsverfahren“ vor. Das heißt, sie werden ausdrücklich für bestimmte Zeit zur befristeten Besetzung ausgeschrieben. Damit sollen mehr befähigte Bedienstete eine Chance auf Leitungsfunktionen erhalten, und auch Korruptionsgefahren wird vorgebeugt. Für den Fall, dass nicht schon ein Staatssekretär diese Aufgabe mit erledigt, ist für den Regierungssprecher ein Angestelltenverhältnis vorgesehen - mit zusätzlichem Kündigungsgrund der Störung des Vertrauensverhältnisses. Er muss nicht verbeamtet sein, denn seine Informationsarbeit beinhaltet keine hoheitliche Tätigkeit. Der Gesetzentwurf sieht auch Regelungen für höhere Hürden mit Blick auf Übergangsgeld und andere öffentliche Versorgungsbezüge vor, so kürzere Bezugsdauern und vollständige Anrechnung anderer Einkünfte. Im Sinne des Gebots der Gleichbehandlung werden auch die Abgeordneten diesen verschärften Regelungen unterworfen.

Sandra Steck

KOMMENTIERT:

von Martina Renner

Geisterdebatte um den Geheimdienst

Erneut sind wir Zeuge eines internen Koalitionsstreits zwischen SPD und CDU über die künftige Struktur des Verfassungsschutzes in Thüringen.

Dass dem Inlandsgeheimdienst angesichts von NSU und V-Mann-Skandal sowohl die gesellschafts-politische als auch die sicherheits-politische Legitimation fehlt, ist offenkundig. Das ideologisch begründete Festhalten am bürgerrechts-feindlichen Instrument des Geheimdienstes führt zu solchen Absurditäten, einen Geheimdienst mit einem Beirat zivilgesellschaftlich verhüllen zu wollen. Ich bezweifle sehr, dass sich überhaupt auch nur ein ernsthafter zivilgesellschaftlicher Akteur als Deckmantelchen missbrauchen lassen will und wird.

Die Tatsache, dass die Landesregierung nahezu zwei Jahre nach dem Bekanntwerden des neonazistischen Terrornetzwerkes und der Mitverantwortung der Verfassungsschutz-Behörden dem Landtag noch immer keine strukturellen Schlussfolgerungen vorgelegt hat, offenbart die Unzulänglichkeit jeder Strukturreform.

Mit Blick auf das Ausmaß des Versagens und der Mitverantwortung des Verfassungsschutzes am Erstarken des Neonazismus müsste diese Behörde eigentlich ersatzlos abgeschafft werden. Ich fordere namens der Linksfraktion im Thüringer Landtag die Landesregierung auf, anstatt eine Geisterdebatte um die Zukunft des Geheimdienstes zu führen, soll sie vielmehr ihre Vorschläge dem Parlament und der Öffentlichkeit vorzulegen.

Wir kündigen aber als LINKE zugleich an, dass wir unseren Gesetzentwurf zur Auflösung des Geheimdienstes dann erneut dem Landtag zur Diskussion vorlegen werden. Die vorliegenden und sich immer weiter verhärtenden Kenntnisse über die systemimmanenten Ursachen des Versagens und die Mitverantwortung des „Verfassungsschutzes“ sowie auch die Debattenbeiträge von Bürgerrechtlern und zivilgesellschaftlichen Initiativen zeigen, dass es keine Alternative zur Abschaffung des Geheimdienstes gibt, sehr wohl aber eine grundrechtsfreundliche und Demokratie schützende Alternative zum institutionalisierten Verfassungsschutz.

AKTUELL

Initiative „Deine Stimme gegen Nazis“

Die am 6. September in Erfurt vorgestellte Initiative „Deine Stimme gegen Nazis!“ wird von der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag ausdrücklich unterstützt.

Die Kampagne wird getragen von Gewerkschaften, Initiativen gegen Rechts, Kirchen, Parteien und Einzelpersonen. Bodo Ramelow erklärte: „Deine Stimme gegen Nazis, das ist der Aufruf, bei der Bundestagswahl am 22. September eine demokratische Partei zu wählen. Das ist aber auch die Ermutigung, im Alltag die Stimme gegen Neonazis und Rassismus zu erheben. Die in Thüringen aktuellen Aufmärsche der NPD vor Moscheen, muslimischen Metzgereien oder vor Flüchtlingsheimen, aber auch die durch sie plaka-

tierte Volksverhetzung, zeigen, wie dringend notwendig gemeinsames, zivilgesellschaftliches, demokratisches Handeln gegen diesen braunen Ungeist ist. Das alltägliche Engagement der Anständigen gegen Neonazismus, Rassismus und Antisemitismus muss aber auch konsequente Unterstützung durch das Handeln der Zuständigen erfahren. Denn Faschismus ist keine legitime Meinung neben anderen, Faschismus ist ein Verbrechen!“

Katharina König, die Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion, forderte Thüringer Kommunen auf, dem Beispiel der Stadt Bad Hersfeld zu folgen und Menschen diskriminierende Plakate der rechtsextremen NPD in eigener Verantwortung abzuhängen. Der Bürgermeister der Stadt hatte gesagt,

dass die Verunglimpfung und Diskriminierung von Sinti und Roma nichts mehr mit Wahlkampf zu tun habe. „Wir unterstützen die Forderung des Zentralrates der Sinti und Roma an das Bundesjustizministerium 'gesetzliche Schritte zum Verbot diskriminierender Wahlwerbung' einzuleiten. Das hohe Gut der Meinungsfreiheit darf nicht dazu missbraucht werden, eine Gruppe von Menschen einer bedrohlichen rassistischen Hetzkampagne auszusetzen, mit der sie tagtäglich durch Plakate konfrontiert werden“, so Katharina König, die die Landesregierung aufgefordert hat, die Kommunen rechtlich zu informieren, damit diese gegen die Plakatkampagne gegen Sinti und Roma vorgehen.

www.deine-stimme-gegen-nazis.de